

High-Tech-Gründungen: Wissenschaftliches Know-how gefragt

Junge innovative Unternehmen gelten als Hoffnungsträger für neue Arbeitsplätze, für den Strukturwandel und für die technologische Leistungsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften. Hohe Erwartungen werden an die innovativen Produkte und Verfahren dieser Unternehmen gestellt, mit denen diese im internationalen Wettbewerb bestehen können.

■ Eine am ZEW durchgeführte empirische Untersuchung analysiert die Standorte, die Entwicklung und die Beschäftigungsbeiträge junger innovativer Unter-

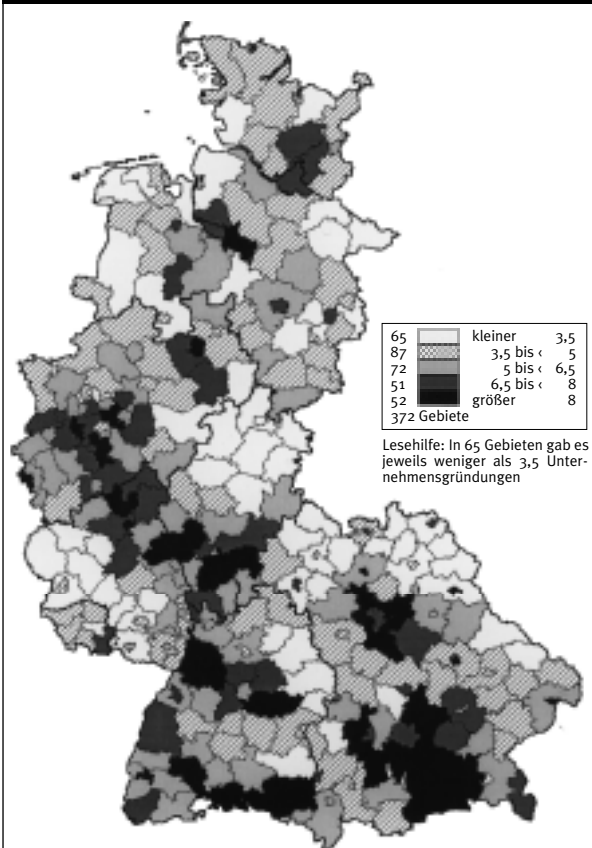
nehmen in West-Deutschland. (S. Neuerscheinungen S. 2)

Die Standortanalyse erklärt die räumliche Verteilung innovativer Unternehmensgründungen durch die Faktorausstattung der westdeutschen Kreise. Die räumliche Konzentration von High-Tech-Gründungen ist vor allem auf die spezifischen Merkmale und Bedürfnisse dieser Unternehmen zurückzuführen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität neuer Technologien und Innovationsaktivitäten spielt das Humankapital eine wesentliche Rolle. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung von wissenschaftlichem Know-how mit dem Grad der technologischen Spezialisierung und der Innovationsintensität der Gründungen zu. Um den Anforderungen an die Beherrschung und Anwendung neuer Technologien gerecht zu werden, ist vor allem der Zugang zu externem technologischem Know-how wichtig. Der im Rahmen des Innovationsprozesses stattfindende

Wissenstransfer erfolgt zum einen durch die Einstellung qualifizierten Personals und zum anderen durch Erfahrungsaustausch und Forschungs Kooperationen. Aufgrund der Komplexität neuer Technologien und der damit verbundenen schwierigen Kommunizierbarkeit spielen persönliche Kontakte – möglichst in räumlicher Nähe – eine erhebliche Rolle. Die hierfür relevanten Standortressourcen (z.B. Universitäten, Fachhochschulen) sind in West-Deutschland räumlich stark konzentriert. Universitäre FuE wirkt sich positiv auf die Zahl neuer Spitzentechnik-Unternehmen aus. Generell ist festzustellen, daß mit dem Grad der technologischen Komplexität der Innovationsaktivitäten in Gründungen auch der Bedarf nach wissenschaftlichem Know-how steigt.

*Dr. Eric Nerlinger,
Telefon: 0621/1235-180*

Unternehmensgründungen in technologieintensiven Wirtschaftszweigen



Quellen: ZEW-Gründungspanel (West), BFLR, eigene Berechnungen.
Daten f. Westdeutschland, 1989-96/pro 10.000 Erwerbspersonen

In dieser Ausgabe

High-Tech-Gründungen	1
Kriminalität trotz Wohlstand?	2
ABM: Teuer und wenig effektiv	3
Wissenschaft für die Praxis	4
Daten und Fakten	5
Standpunkt: Produktivitätsorientierte Lohnpolitik? ..	6
Neuerscheinungen	2
Termine	4

Kriminalität trotz Wohlstand ?

Angelsächsische Ökonomen betreiben seit nunmehr 30 Jahren intensive Kriminalitätsforschung. In Deutschland dagegen wurde dieser Forschungsrichtung seitens der Volkswirtschaftslehre bisher nur wenig Beachtung geschenkt, was angesichts der Entwicklung der polizeilich registrierten Straftaten unverständlich ist.

■ In einer neuen ZEW-Studie (S. Neuerscheinungen) werden für die deutschen Bundesländer die Bestimmungsfaktoren der Aufkommenshöhe von neun Straftatenkategorien ökonomisch untersucht. Die erklärenden Variablen können in drei Gruppen unterteilt werden: Abschreckungsvariablen, ökonomische und sozio-demographische Variablen.

Gary Becker – Pionier in der ökonomischen Kriminalitätsforschung – postulierte in seiner Abschreckungshypothese, daß höhere Aufklärungsquoten, Verurteilungswahrscheinlichkeiten und Strafen den erwarteten Nutzen aus dem Begehen von Straftaten verringern und damit in einem Rückgang von Kriminalität resul-

tieren. Dies bestätigt sich in der ZEW-Studie für die Eigentumsdelikte Diebstahl und Raub.

Nach der Theorie des amerikanischen Ökonomen und Kriminalitätsforschers Isaac Ehrlich besteht ein Zusammenhang zwischen legalen und illegalen Möglichkeiten der Einkommenserzielung und Kriminalität. Höhere legale Einkunftsmöglichkeiten führen zu einem Rückgang der Kriminalität, da legale Arbeit relativ zur illegalen Einkommenserzielung attraktiver wird. Höhere illegale Einkunftsmöglichkeiten resultieren nach dem Motto „wo es mehr zu holen gibt, wird auch mehr geklaut“ in einer Zunahme der Kriminalität. Beide Hypothesen

werden in der Studie bestätigt. Als weitere ökonomische Variable findet die Arbeitslosenquote Eingang in die Schätzungen. Sie kann im Sinne reduzierter bzw. verhinderter legaler Einkunftsmöglichkeiten interpretiert werden und läßt deshalb einen kriminalitätsfördernden Effekt erwarten, der sich in den Schätzungen allerdings nicht bestätigt.

Die demographischen Variablen (Bevölkerungsanteil der jungen Männer im Alter von 15-24 Jahren und Ausländerquote) weisen in den Schätzungen der meisten Straftatenkategorien einen kriminalitätssteigernden Effekt auf. Dies kann zum einen mit den ungünstigeren legalen Einkunftsmöglichkeiten dieser beiden Gruppen erklärt werden. Zum anderen mag dieser Effekt aber auch daher rühren, daß innerhalb der besagten Gruppen relativ starke kriminalitätsfördernde soziale Interaktionen z.B. infolge von Bandenbildung vorherrschen.

Trotz der Berücksichtigung der genannten Erklärungsfaktoren lassen Indikatorvariablen ein höheres Kriminalitätsniveau für die Stadtstaaten und Ost-Deutschland erkennen. Im Falle der Stadtstaaten kann dies mit der höheren Bevölkerungsdichte und den daraus resultierenden Kriminalitätsrisiken z.B. durch Drogenszenen, Prostitution, etc. erklärt werden. Die höhere Kriminalitätsbereitschaft in Ost-Deutschland gibt dagegen einige Rätsel auf. ◀

Hannes Spengler,
Telefon 0621/1235-284

Entwicklung der registrierten Gesamt- und Einzelstraftaten

Art der Straftat	1975			1996*		
	Fälle, absolut	Fälle pro 100.000 Einw.	Anteil an Gesamtstraftaten	Fälle, absolut	Fälle pro 100.000 Einw.	Anteil an Gesamtstraftaten
Gesamtstraftaten	2.919.390	4,721		5.254.557	7,768	
Mord und Totschlag	2.908	4,7	0,1	2.839	4,2	0,1
Vergewaltigung	6.850	11,1	0,2	5.373	7,9	0,1
Raub	20.362	32,9	0,7	55.010	81,1	1,0
Gefährliche/schwere Körperverletzung	50.274	81,0	1,7	85.040	126	1,5
Leichte Körperverletzung	65.674	106	2,2	164.369	243	3,1
schwerer Diebstahl	864.849	1.399	29,6	1.269.521	1.877	23,5
einfacher Diebstahl	1.044.569	1.689	35,8	1.558.582	2.304	31,8
Betrug	209.841	339	7,2	556.888	823	9,8
Sachbeschädigung	213.746	458	8,3	474.576	702	9,4
Rauschgiftdelikte	29.805	48,2	1,0	179.754	266,0	2,8
Umweltkriminalität	3.445	5,6	0,1	30.109	45,0	0,6

Quelle: Bundeskriminalamt, 1975, 1996, Daten für West-Deutschland, 1975-96.

* inclusive Ost-Berlin

ZEW-Neuerscheinungen

■ Dokumentationen

U. Kaiser, H. S. Buscher: *Der Service Sentiment Indicator - Ein Konjunkturklima-indikator für den Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen*, Nr. 98-04.

M. Steiger: *Institutionelle Investoren und Corporate Governance*, Nr. 98-05.

■ Discussion Papers

H. Entorf, H. Spengler: *Socio-economic and demographic factors of crime in Germany: Evidence from panel data of the German States*, Nr. 98-16.

■ Wirtschaftsanalysen-Schriftenreihe

D. Harhoff, O.H. Jacobs, F. Ramb, C.

Spengel: *Unternehmenssteuerreform, Innovationsförderung und Zukunftsinvestitionen*, Bd. 26, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1998.

E. Nerlinger: *Standorte und Entwicklung junger innovativer Unternehmen*, Bd. 27, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1998.

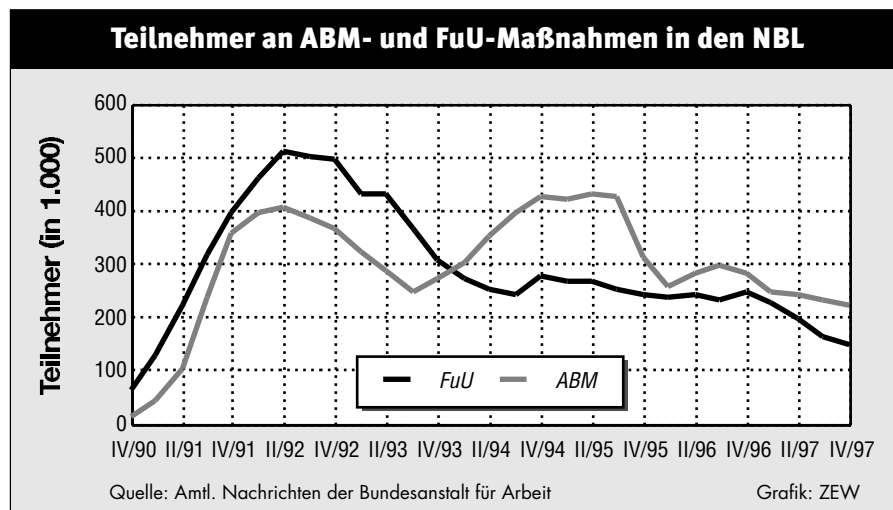
ABM: Teuer und wenig effektiv

Maßnahmen der Allgemeinen Arbeitsbeschaffung (ABM) und der Fortbildung und Umschulung (FuU) werden im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in den Neuen Bundesländern (NBL) nach wie vor in großem Umfang eingesetzt. Ohne diese Maßnahmen läge die Arbeitslosenquote in den NBL wohl eher bei 30 Prozent als bei den offiziell registrierten 20 Prozent.

■ Obwohl ABM und FuU in den vergangenen Jahren deutlich reduziert wurden, erfassen sie noch immer einen erheblichen Teil des Arbeitskräftepotentials in den NBL. 1997 nahmen jahresdurchschnittlich jeweils 200.000 Personen an diesen Maßnahmen teil. ABM- und FuU sind jedoch deutlich teurer als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Die Frage, ob sie die Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung verbessern, ist nicht nur ein zentrales Erfolgskriterium für die Beurteilung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), sondern sie stellt sich auch aus ökonomischer Sicht.

Bei der Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ergibt sich ein methodisches Problem. Die gegebenenfalls höheren Beschäftigungsquoten von Teilnehmern an diesen Maßnahmen im Vergleich zu Nichtteilnehmern spiegeln nicht notwendigerweise einen kausalen Effekt wider, sondern resultieren möglicherweise, insbesondere bei Zielgruppenorientierung der Maßnahmen, daraus, daß sich die beiden Gruppen in anderen beschäftigungsrelevanten Merkmalen unterscheiden. Die Effektivität arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen kann nur auf der Basis einer Vergleichsgruppe von Nichtteilnehmern an einer Maßnahme, die der Teilnehmergruppe hinsichtlich der beschäftigungsrelevanten beobachtbaren und unbeobachtbaren Merkmale gleicht, abgeschätzt werden.

Am ZEW wurden die Beschäftigungseffekte von FuU und von ABM in den NBL auf der Basis von Individualdaten untersucht. Dabei wurde auch zwischen stabiler und instabiler Wiedereingliederung in Beschäftigung nach Beendigung einer Maßnahme bzw. nach Arbeitslosigkeit unterschieden. Die ökonometrischen Analysen zeigen zum einen, daß sich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den



NBL nicht an den vom AFG definierten Zielgruppen orientieren, sondern die Teilnahme eher nach dem Gießkannenprinzip erfolgt, wobei jüngere und Arbeitslose mit höherer formaler Qualifikation etwas begünstigt sind. Zum anderen zeigen die Schätzergebnisse für FuU bedingt positive, für ABM durchgängig negative Effekte. Die Beschäftigungseffekte von FuU unterscheiden sich nach Zeitperiode und nach Geschlecht. Zwischen 1990 und Ende 1992 hatten arbeitslose Frauen und Männer, die an keiner FuU teilnahmen, deutlich höhere Wiederbeschäftigungschancen in stabile Beschäftigung als die Vergleichsgruppe der FuU-Teilnehmer/innen. In der Folgeperiode (bis Ende 1994) wiesen Frauen mit FuU allgemein und Männer, die an außerbetrieblichen FuU-Maßnahmen teilnahmen, eine höhere Eingliederungswahrscheinlichkeit in stabile Beschäftigung auf als die Vergleichsgruppe der arbeitslosen Nichtteilnehmer/innen. Dies kann mit einer verbesserten Qualität der FuU-Maßnahmen erklärt werden. Die relativ zu Arbeitslosen geringen Eingliederungschancen in stabile reguläre Beschäftigung von ABM-Teilnehmer/innen lassen sich damit begründen, daß diese während der Maß-

nahme weniger intensiv nach einer regulären Beschäftigung suchen als arbeitslose Nichtteilnehmer/innen. Allerdings konnten in der Untersuchung keine negativen Anreizeffekte eines relativ zum allgemeinen Lohnniveau in den NBL zu hohen Lohnniveaus in ABM auf den Wechsel in reguläre Beschäftigung festgestellt werden, wie in der öffentlichen Diskussion oft behauptet wird.

Aufgrund dieser Ergebnisse ist die jüngst beschlossene Rücknahme der Kürzungen von ABM in den NBL kritisch zu beurteilen. Eine Umschichtung der für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den NBL aufgewendeten finanziellen Mittel zugunsten von FuU und zu Lasten von ABM scheint angezeigt. Letztere sind nicht nur deutlich teurer, sondern im Durchschnitt auch weniger effektiv bezüglich der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in stabile reguläre Beschäftigung als FuU-Maßnahmen. ◀

Dr. Viktor Steiner,
Telefon 0621/1235-151

Zugrunde liegende Discussion Papers:

F. Kraus, P. A. Puhani, V. Steiner:
Employment Effects of Publicly Financed Training Programs - The East German Experience (Nr. 97-33);
Do Public Works Programs Work? Some Unpleasant Results from the East German Experience (Nr. 98-07)

Wissenschaft für die Praxis

ZEW-Seminar: Quantifizierung von Risiko

Was ist Risiko und wie kann man es messen? Diesen Fragen widmete sich ein ZEW-Finanzmanagementseminar unter der Leitung von Dr. Michael Schröder, Forschungsbereichsleiter am ZEW. Als Risikomaß von Kapitalanlagen dominiert noch immer die Varianz, also das Aus-

maß, mit dem die Renditen eines Portfolios von ihrem Mittelwert abweichen. Wenn das Portfolio jedoch einen größeren Teil an Optionen enthält, dann kann von einer Normalverteilung der Renditen nicht mehr ausgegangen werden. Die Varianz führt dadurch häufig zu einer Fehlbeurteilung des Risikos. Als Alternative bietet sich der Downside-Risk bzw. Shortfall-Ansatz an. Dabei wird das Risiko

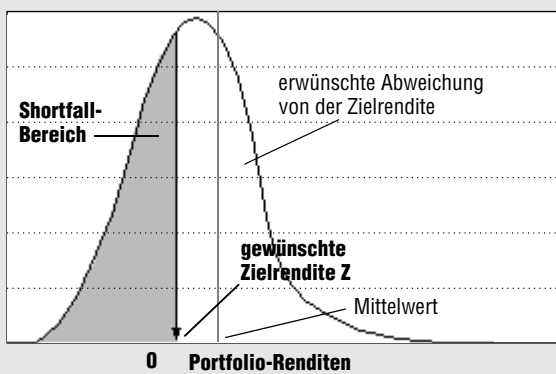
als die mögliche Unterschreitung einer gewünschten Mindestrendite definiert (s. Grafik). Das Risiko kann bei diesem Ansatz mit verschiedenen Maßen gemessen werden, etwa der Wahrscheinlichkeit der Zielverfehlung oder der durchschnittlichen Unterschreitung der Mindestrendite. Ein Investor, der z. B. die Ertrags-Risiko-Relation von Investmentfonds bestimmen will, kann entspre-

chend seiner Risikobereitschaft das für ihn geeignete Risikomaß festlegen und damit eine auf seine Bedürfnisse abgestimmte Investmentfonds-Rangliste erstellen. Im Risikocontrolling von Banken ist seit einigen Jahren ein spezielles Downside-Risk-Maß im Einsatz: das Value-at-Risk (VaR). VaR gibt diejenige Verlusthöhe an, die nur noch mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 Prozent überschritten wird. Dieser VaR-Wert ist inzwischen das Standard-Risikomaß für den Eigenhandel von Banken und dient sowohl der externen Kontrolle als auch der internen Risikosteuerung.

Weiterhin wurden neuere Ansätze der Schätzung von Value-at-Risk erläutert. Die im Versicherungsbereich bekannten Methoden der Extremwertstatistik lassen sich direkt auf die VaR-Berechnung anwenden. Die Extremwertstatistik ergänzt und erweitert das Repertoire der Risikomessung und ist relativ einfach auf praktische Fragestellungen anzuwenden.

Definition von Shortfall-Maßnahmen

Beispiel: Renditeverteilung eines Portfolios mit Put-Optionen



chend seiner Risikobereitschaft das für ihn geeignete Risikomaß festlegen und damit eine auf seine Bedürfnisse abgestimmte Investmentfonds-Rangliste erstellen. Im Risikocontrolling von Banken ist seit einigen Jahren ein spezielles Downside-Risk-Maß im Einsatz: das Value-at-Risk (VaR). VaR gibt diejenige Verlusthöhe an, die nur noch mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 Prozent überschritten wird. Dieser VaR-Wert ist inzwischen das Standard-Risikomaß für den Eigenhandel von Banken und dient sowohl der externen Kontrolle als auch der internen Risikosteuerung.

ZEW-Seminar: Competitive Intelligence

Strategische Wettbewerbsanalyse ist ein wichtiger Grundpfeiler der Unternehmensführung. In den vergangenen Jahren hat sich die Konkurrenzsituation an den Märkten noch weiter zugespitzt: Die Unternehmen tragen den Wettbewerb immer heftiger aus, und strategische Entscheidungen beeinflussen das Wachstum und sogar die Existenz der Unternehmen. Damit Unternehmen diesem Wettbewerb standhalten können, kommen sie nicht umhin, Informationsvorteile gegenüber der Konkurrenz auf-

zubauen und zu verteidigen. Das Wissen können sie für die Verbesserung ihrer Produkte nutzen.

Informationsbeschaffung ist somit zu einem unverzichtbaren Instrument im Alltag der Unternehmensführung geworden. Die Möglichkeiten, Informationen zu beschaffen, sie zu verarbeiten und zu verbreiten, nehmen ständig zu. Allerdings fühlen sich nicht alle Unternehmer dieser Informationsflut gewachsen. Oft ist nicht das Sammeln der Daten ein Problem, sondern deren sinnvolle Auswahl und konzeptionelle Verknüpfung.

Das ZEW-Seminar unter der Leitung von Dr. Thomas Cleff, ZEW-Wissenschaft-

ler im Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, gibt Unternehmen eine Hilfestellung dabei, ein effizientes System für die strategische Wettbewerbsanalyse aufzubauen. Wissenschaftler und Experten aus der Praxis demonstrierten auf der Basis des in den USA verbreiteten Konzepts der Competitive Intelligence, wie Wissensquellen durch die Möglichkeiten neuer Informations- und Kommunikationstechnologien erschlossen werden können und wie die so gewonnenen Informationen systematisch aufbereitet und für die Zwecke des Unternehmens verwendet werden können.

Termine

■ Expertenseminar:

Mitarbeitergespräche erfolgreich führen, 8.-9.7.1998; ZEW-Gebäude.

■ EURO-Workshop-Reihe: (in Zusammenarbeit mit dem Euro-Info-Center der IHK Rhein-Neckar)

Auswirkungen auf Finanz- und Cashmanagement, 2.7.1998; ZEW-Gebäude

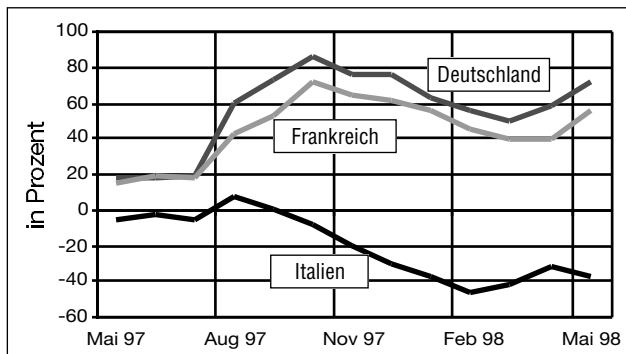
Vertragswesen/Steuern, 8.7.1998; IHK Rhein-Neckar

■ ZEW-Kolloquium:

Dr. Olav Hohmeyer (ZEW): *Klimapolitik – Quo vadis?*, 21.7.1998, 16.00 Uhr, ZEW-Gebäude.

Daten und Fakten

ZEW-Finanzmarkttest Zinskonvergenz im Euroland

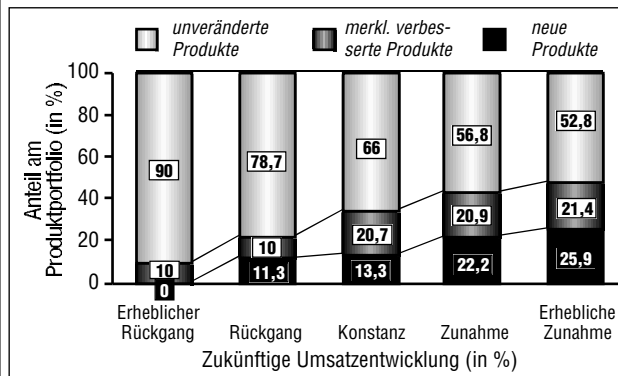


Lesehilfe: Die in der Grafik dargestellten Werte entsprechen dem Saldo aus den prozentualen Belegungen der Antwortkategorien „steigen“ und „fallen“.

Am kurzen Zinsende wird mehr und mehr eine Konvergenz der Zinssätze auf dem mittleren Zinsniveau der Teilnehmerländer erwartet. Die Quantifizierung der Umfrageergebnisse ergibt, daß die Euro-Geldmarktzinsen bei etwa vier Prozent liegen sollten. Inzwischen sind es knapp drei Viertel der Befragten, die von steigenden kurzfristigen Zinsen in Deutschland ausgehen. Entsprechend des Gleichlaufs der deutschen und französischen Zinsen rechnen die Experten auch für Frankreich mit steigenden Geldmarktsätzen. Für Italien erwarten die Experten entsprechend der Theorie sich annähernder Zinssätze sinkende Drei-Monats-Sätze.

Robert Dornau, Telefon: 0621/1235-141

Textil-, Bekleidungs- und Lederbranche: Wettbewerbsvorteile durch neue Produkte

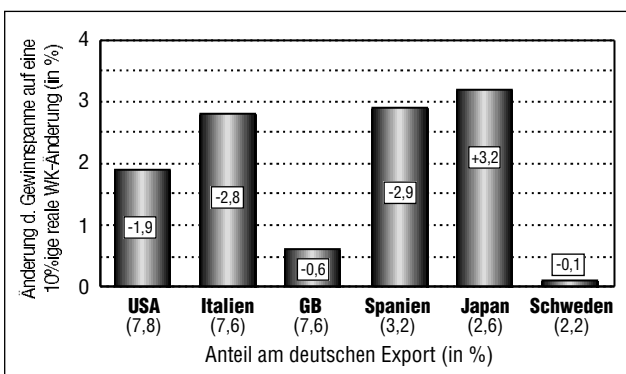


Quelle: ZEW

Im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe versuchen die Unternehmen, sich durch Marktneuheiten vom Wettbewerber abzusetzen. Bei den Unternehmen der Branche, die eine erhebliche Zunahme ihrer Umsätze erwarten, liegt der Anteil neuer Produkte im Durchschnitt bei 26% und der Anteil unveränderter Produkte bei 53%. Unternehmen, die mit empfindlichen Umsatzeinbußen rechnen, bestreiten ihr Geschäft zu 90% mit unveränderten und zu 10% mit verbesserten Produkten. Begründet wird diese Entwicklung durch die kurzlebigen Modetrends der Branche. Je jünger die Produktpalette, desto höher ist das erwartete Umsatzwachstum.

Dr. Thomas Cleff, Telefon: 0621/1235-233

Wechselkurs und Exportpreise (Zeitraum 1988-94)

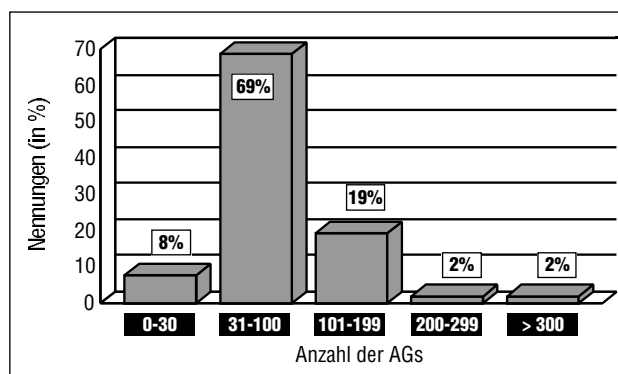


Quelle: Statistisches Bundesamt, IMF, ZEW

In einer ZEW-Studie zum Zusammenhang zwischen Exportpreisen und realem Wechselkurs für 70 größtmäßig bedeutsame deutsche Exportprodukte wurde das Preissetzungsverhalten der Exporteure auf ausgewählten Auslandsmärkten untersucht. Deutsche Exporteure glichen eine reale Aufwertung der DM zu einem geringen Prozentsatz durch eine Senkung der Gewinnmargen aus. Eine reale Abwertung der DM resultierte – wie im Falle Japans – in einer Erhöhung der Gewinnspanne. Das Ausmaß, in dem die Wechselkursschwankungen in die Exportpreise einfließen, variiert allerdings erheblich nach Absatzmarkt (vgl. Schaubild) und Produkt.

Martin Falk, Telefon: 0621/1235-153

Anzahl der Aktiengesellschaften, in die investiert wird



Quelle: ZEW

In den vergangenen Jahren delegierten die deutschen Haushalte ihre privaten Ersparnisse zunehmend an professionelle Kapitalanleger. Eine Umfrage des ZEW im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit Price Waterhouse bei 75 dieser institutionellen Investoren ergab, daß bei den deutschen börsennotierten Aktiengesellschaften, in die zum Zeitpunkt der Umfrage investiert wurde, die Kategorie der DAX-100-Unternehmen dominiert. In dem Marktsegment der DAX-Werte und bedingt auch bei den M-DAX-Werten finden die institutionellen Investoren das Maß an Liquidität vor, das ihnen jederzeit eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung zu geringen Kosten ermöglicht.

Max Steiger, Telefon: 0621/1235-144



Produktivitätsorientierte Lohnpolitik ?

Die Kontroverse, inwieweit die realen Lohnkosten im Ausmaß der Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität steigen können oder sollen, wird nicht nur in der Öffentlichkeit und im politischen Raum ausgetragen, sondern findet ihren Niederschlag auch im jüngsten Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Auf der einen Seite wird gefordert, die Reallöhne in Anlehnung an den Produktivitätsfortschritt anzuheben, unter anderem deshalb, um eine ausreichende kaufkräftige Nachfrage sicherzustellen. Im Gegensatz dazu steht die Empfehlung, den Reallohnanstieg deutlich unterhalb des Produktivitätsfortschritts anzusiedeln, um durch die damit einhergehende Senkung der Lohnstückkosten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beizutragen.

Unabhängig von der Beurteilung der einzelnen Positionen muß zunächst eine Klarstellung vorgenommen werden. Wenn von der Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität die Rede ist, so muß ihre statistisch ermittelte Größe aus folgenden Gründen um zwei Effekte bereinigt werden. Erstens steigt die Arbeitsproduktivität schon, wenn die Unternehmen lediglich Arbeitskräfte freisetzen. Diese „Entlassungsproduktivitätszunahme“ steht nicht zur Verteilung zur Verfügung, auch nicht teilweise, denn ihr liegt keine echte Verbesserung der Wertschöpfung zugrunde. Es ist mithin ein beschäftigungsabbauereiniger Produktivitätsfortschritt zu berechnen. Dieser ist geringer als die statistisch gemessene Größe. Zweitens kommt es nicht auf die durchschnittliche Arbeitsproduktivität, sondern auf die Grenzproduktivität der Arbeit und deren Zunahme an. Auch die Grenzproduktivität ist geringer als die statistische gemessene Durchschnittsproduktivität (rund ein Viertel bis ein Drittel).

Beide Korrekturposten stellen zusammengenommen keine vernachlässigbare Größenordnung dar. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung belief sich für den westdeutschen Unternehmenssektor die bereinigte Produktivitätsentwicklung im Jahre 1997 nur noch auf 2,7 Prozent statt 4,1 Prozent, wie sie in der Statistik ausgewiesen wird. Nur diese 2,7 Prozent stünden real überhaupt zur Verteilung zur Verfügung, aber nur in einer Situation mit einem befriedigenden Beschäftigungsstand, von der wir in Deutschland weit entfernt sind.

Damit wird die obige Kontroverse direkt angesprochen. Natürlich benötigen Unternehmen stabile Absatzerwartungen unter anderem auf der Grundlage einer kaufkräftigen Nachfrage. Insoweit trifft das Argument zu, daß „Maschinen keine Güter und Dienstleistungen kaufen“. Nur: Die kaufkräftige Nachfrage kann nicht künstlich von der Lohnpolitik erzeugt werden. Sie muß vielmehr durch einen sich selbst tragenden konjunkturellen Aufschwungprozeß verstärkt werden, ausgelöst durch eine gute Exportkonjunktur und – im Falle einer Rezession, die derzeit nicht vorliegt – unterstützt durch eine fiskalpolitische Flankierung.

Sich mit Hilfe einer expansiven Lohnpolitik quasi am eigenen Schopf aus der Arbeitslosigkeit zu ziehen – so angenehm und einfach geht es leider nicht. Die Kostenerhöhungen treffen die Unternehmen direkt und unmittelbar, während die erhofften Nachfrageimpulse unsicher sind. Ein (gut) Teil der Lohnerhöhungen zweigen der Staat und die Sozialversicherungssysteme ab, ein weiterer wird für Importe verwendet und gespart. Erst über Umwege und mit erheblicher zeitlicher Verzögerung kommen diese Sickerverluste der heimischen Volkswirtschaft wieder zugute. Und selbst dann gibt es Strukturdiskrepanzen zwischen den Unternehmen, welche die höheren Löhne zahlen müssen, und denen, die in den Genuß der zusätzlichen Nachfrage kommen. Daher besteht die aussichtsreichere Lohnstrategie in der Fortführung des moderaten Kurses der beiden letzten Jahre mit einem Abschlag von der Produktivitätszunahme.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail: buscher@zew.de,
Martina Müller-Keitel, Telefon 0621/1235-102, Telefax 0621/1235-222, E-mail: mueller@zew.de;

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher